Hildesheimer Allgemeine Zeitung vom 31.08.2018, S.17

Kali: Minister Olaf Lies setzt dem Landkreis letzte Frist

SPD-Politiker droht damit, den Kreis zu einer Entscheidung zu verpflichten / Bruer verteidigt Vorgehen der Großen Koalition im Kreistag

Von Sebastian Knoppik

Sarstedt. Umweltminister Olaf Lies hat dem Landkreis Hildesheim eine neue Frist gesetzt, um über die wasserrechtliche Genehmigung für die Wiederinbetriebnahme des Gieseners Kalibergwerks zu entscheiden. Sollte der Kreistag nicht bis Mitte September einen Entschluss gefällt haben, werde er den Landkreis anweisen, eine Entscheidung zu treffen. Das sagte der SPD-Politiker am Mittwochabend bei einem Besuch in Sarstedt. Lies war auf Einladung des örtlichen Landtagsabgeordneten Markus Brinkmann (SPD) zu einer öffentlichen Veranstaltung in die Stadt gekommen.

Das Umweltministerium hatte dem Kreis wie berichtet bereits zuvor eine Frist gesetzt, die am vergangenen Montag ohne Ergebnis abgelaufen war. Der Kreistag hatte eine Anwaltskanzlei mit einem Gutachten beauftragt, das in diesen Tagen vorgelegt werden soll. Lies hat daher die Frist noch einmal bis Mitte September verlängert. Die nächste Kreistagssitzung ist allerdings erst am 24. September. Eine Anfrage der Redaktion an das Umweltministerium, wann die Frist genau abläuft, blieb gestern bis Redaktionsschluss unbeantwortet.

In jedem Fall ist Lies wichtig, dass das Verfahren nun zu einem schnellen Ende kommt. „Denn das Unternehmen hat einen Anspruch darauf, dass eine Entscheidung getroffen wird", sagte Lies. Es geht dabei nicht um das eigentliche Genehmigungsverfahren, das das Landesbergamt führt. Der Kreis ist nur für einen kleinen, aber entscheidenden Teil dieses Verfahrens mit zuständig. Er muss nämlich bei der sogenannten wasserrechtlichen Erlaubnis entscheiden, ob er sein Einvernehmen erteilt. Im Kern geht es dabei darum, ob für das reaktivierte Bergwerk ein zweiter Kaliberg aufgeschüttet wird oder ob der Abbau auch so organisiert werden kann, dass eine solche Halde nicht nötig ist.

Dabei könnte eine Entscheidung nach Ansicht von Lies schon jetzt getroffen werden. „Wir haben das sehr sorgfältig geprüft", sagte der Minister: „Aus unserer Sicht kann das wasserrechtliche Einvernehmen erteilt werden." Die nun gewährte Frist soll laut Lies die letzte sein. Gebe es bis dahin keine Entscheidung des Landkreises, werde das Ministerium als oberste Fachbehörde den Kreis anweisen, das Einvernehmen zu erteilen.

Er hoffe, dass diese Anweisung vom Landkreis auch umgesetzt werde, sagte Lies. „Auch da gibt es Eskalationsstufen", sagte der Minister. Mit anderen Worten: Er befürchtet, dass der Landkreis sich über die Anweisung seines Ministeriums hinwegsetzen könnte. „Als nächstes wäre das Innenministerium dran", erläutert Lies. Die dortige Kommunalaufsicht könnte dann den Landkreis dazu verpflichten, das Einvernehmen zu erteilen. „Ich bin sehr dafür, dass die derzeitige Schwebephase beendet wird", sagte Lies.

Verantwortlich für diesen Schwebezustand ist die Große Koalition aus CDU und SPD im Kreistag. SPD-Fraktionschef Klaus Bruer rechtfertigte bei der Veranstaltung in Sarstedt das Vorgehen. Er verwies noch einmal auf die seiner Ansicht nach zwei wichtigsten Punkte. Da ist zum einen die Versalzung des Grundwassers durch die Althalde. „Das halten wir nicht für akzeptabel, dass wir das Grundwasser auf diese Weise versalzen", sagte Bruer. Außerdem habe der Landtag bereits 2010 in einer Resolution festgestellt, dass Kalihalden nicht mehr „Stand der Technik" seien. Laut Bruer lässt sich ein neuer Kaliberg vermeiden, wenn aus den Rückständen der Kali-Gewinnung weitere Produkte hergestellt werden und wenn mehr dieser Rückstände als sogenannter Versatz wieder in das Bergwerk gebracht werden.

Olaf Lies plädierte in Sarstedt dafür, das Genehmigungsverfahren für das Kalibergwerk schnell abzuschließen. FOTO: SEBASTIAN KNOPPIK

> „Aus unserer Sicht kann das wasserrechtliche Einvernehmen erteilt werden."
>
> **Olaf Lies**
> Umweltminister

CDU-Umfrage in Giesen Seite 20

Hildesheimer Allgemeine Zeitung vom 31.08.2018, S.17

Weitere Verzögerung wegen des langen Verfahrens?

Kreis Hildesheim. Wegen der langen Dauer des Verfahrens müssen alle in den Antragsunterlagen von K+S enthaltenen Gutachten vor einem Planfeststellungsbeschluss noch einmal geprüft werden. Und das könnte wiederum zu einer weiteren Verzögerung führen, wie Heinke Traeger, Sprecherin des Landesamts für Bergbau, Energie und Geologie, auf Anfrage bestätigt.

„Aufgrund der Vorlaufzeit für Erfassung der Daten und der Erstellung der Gutachten sowie aufgrund der bisherigen Verfahrensdauer muss das LBEG vor einem Planfeststellungsbeschluss alle umweltrelevanten Gutachten daraufhin prüfen, ob die darin verwendeten Daten noch hinreichend aktuell sind", sagt Behördensprecherin Traeger. Dies werde das Landesbergamt machen, „wenn sich die Fertigstellung des Planfeststellungsbeschlusses abzeichnet".

Kommt die Behörde zu dem Entschluss, dass neue Gutachten beauftragt werden müssen, wäre laut Traeger zu prüfen, ob etwa den Naturschutzbehörden, anerkannten Naturschutzvereinigungen und den Bürgern erneut Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden muss. Dies wäre nach Angaben der Behördensprecherin dann erforderlich, „soweit sich aus den neu vorgelegten Unterlagen neue oder stärkere Betroffenheiten ergeben".

Wie weit sich durch die möglicherweise zu aktualisierenden Gutachten ein Abschluss des Planfeststellungsverfahrens verzögert, sei derzeit noch nicht abzuschätzen, so Traeger. Das hängt wohl auch davon ab, wann der Landkreis seine Entscheidung zur wasserrechtlichen Erlaubnis fällt. *skn*

Auch FDP im Kreistag drängt auf schnelle Lösung

Kreis Hildesheim. Nicht nur Umweltminister Olaf Lies drückt beim Genehmigungsverfahren für K+S aufs Tempo. Auch die FDP-Fraktion im Hildesheimer Kreistag hat sich für eine schnelle Entscheidung zur wasserrechtlichen Erlaubnis ausgesprochen. Die Liberalen fordern, das Thema bis zum 24. September im Kreistag abzuschließen.

Die FDP verweist in einer Pressemitteilung darauf, dass das Umweltministerium das Verfahren an sich ziehen könnte. „Das wäre blamabel für den Landkreis und schon jetzt ein Skandal", findet FDP-Kreistagsmitglied Bernd Fell. Seiner Ansicht nach ist die Verzögerung zudem „ein schlimmes Signal gegen den Wirtschaftsstandort Landkreis Hildesheim".

Der Kreistag hatte die Entscheidung über die wasserrechtliche Erlaubnis an sich gezogen. Das war nach Ansicht der Liberalen ein Fehler. Fachliche wasser- und umweltrechtliche Beurteilungen seien nicht Sache der Kreistagsabgeordneten, sondern der Kreistagsverwaltung, heißt es in der Mitteilung der FDP.

Gemeinsam mit den Unabhängigen haben die Liberalen nun beantragt, das Thema auf die Tagesordnung des nächsten Kreistags am 24. September sowie des vorher tagenden Fachausschusses und des Verwaltungsausschusses zu setzen. Bereits vergangene Woche hatten Unabhängige und FDP wie berichtet einen Fragenkatalog zum Thema K+S an die Kreisverwaltung geschickt. Unter anderem wollen die Politiker wissen, welche Gespräche es zwischen Kreistagsmitgliedern, Verwaltungsmitarbeitern und Vertretern von Behörden und Unternehmen in der Sache gegeben hat. *skn*